Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Kaden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4,50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 7,10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½9 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 292. | Dresden, Montag den 16. Dezember 1918. | 29. Jahrg.

Die Forderung der Stunde.

An die deutschen Arbeiter!

Die Errungenschaften der sozialistischen Revolution sind in Gefahr! Die drohende Katastrophe zeichnet sich täglich deutlicher ab. Vergeßt nicht, wie wir stehen! Der Krieg hat uns arm gemacht, die Niederlage noch ärmer. Unser Boden ist vernachlässigt und ausgesogen, unser Vieh abgeschlachtet, unsre Verkehrsmittel sind heruntergekommen, die Produktionsanlagen für die Herstellung von Friedensgütern abgenutzt, teilweise ruiniert; die wichtigsten Rohstoffe mangeln. Drückende Waffenstillstandsbedingungen lähmen unsre Bewegungsfreiheit. Ungeheuerlich sind die Lasten, die der siegreiche Feind uns aufbürdet.

Arbeiter! In eurer, nur in eurer Hand liegt es das Verhängnis abzuwenden. Ihr müßt unsre zusammengebrochene Wirtschaft wieder aufrichten. Ihr müßt dafür sorgen, daß uns Hunger und Bürgerkrieg erspart bleiben und daß uns unvermeidlich auf Bürgerkrieg folgt: die Verwüstung aller Errungenschaften der Revolution, einer Revolution. **Ihr müßt arbeiten!** Der Sozialismus verlangt Arbeit, kann nur beschlossen auf Grundlage der Arbeit! Wer feiern muß, soll Unterstützung bekommen, aber wer feiert, obwohl er arbeiten könnte, **macht sich und die anderen ärmer, versündigt sich an seinem Volke und dessen sozialistischer Zukunft,** hilft den Zusammenbruch bereiten, der schließlich auch ihn selbst verschlingt. Arbeiter, bleibt nicht in den großen Städten zusammengedrängt, wo die Industrie auch nicht genug Arbeit schaffen kann, weil es an Kohle und anderen Betriebsstoffen fehlt und wo ihr schließlich Hunger leiden müßt, weil die Lebensmittel nicht herangebracht werden können.

Geht hinaus aufs Land, in die Städte der Provinz! Die Kräfte, die in Berlin und andren Großstädten brachliegen, werden dort dringend gebraucht. Geht zu den Arbeitsnachweisen; sie werden euch sagen, wo ihr lohnende Arbeit findet, die euch nährt und das Volk retten hilft. **Keiner darf sich jetzt darauf verstreifen, an dem Orte zu bleiben, in den er während des Krieges gekommen ist.** An der Vernunft, an der sozialistischen Disziplin jedes einzelnen hängt das Dasein, die Freiheit, die Zukunft unsrer sozialistischen Republik.

Arbeiter! Schützt eure Revolution vor den Angriffen jeglicher Reaktion; rettet sie auch vor dem Ruin durch Hunger und wirtschaftliche Auflösung!

Der Rat der Volksbeauftragten.

gez. Ebert, Haase, Scheidemann, Dittmann, Landsberg, Barth.

Berliner Wahlen zum Zentralrat.

Die Berliner Wahlen zur Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte fanden am Sonnabend mittag in den Germaniasälen statt. Wähler waren die Delegierten aus den Berliner Betrieben, die meist eben erst gestern gewählt worden waren. In der Besprechung, die der Wahl vorherging, wurde diese Verspätung der Wahlausschreibung scharf gerügt. Auch lag eine Reihe von Protesten vor. **Besonders wurde bemängelt, daß eine Anzahl von Betrieben noch nicht gewählt hätten** und manchen Gewählten die Mandate noch nicht hätten zugestellt werden können. Es wurde der Vorschlag gemacht, die Versammlung zu vertagen, bis die Verhältnisse gegenstandslos geworden seien. Ein andrer Vorschlag ging dahin, die Wahl erst am Sonntag zu vollziehen. Das Mitglied des Vollzugsausschusses, Richard Müller, beharrte demgegenüber auf dem Standpunkt, **daß die Wahl vorgenommen werden müsse.** Man könne sie doch **nicht deshalb vertagen, weil einige Wahlkörper ihre Pflicht nicht getan hätten.** Der Kreis der Delegierten sei groß, Hand- und Kopfarbeiter hätten ihre Vertreter zur Stelle. Von den etwa 900 gewählten Vertrauensleuten, die heute zu wählen hätten, seien aus den geladenen Ursachen 20 bis 30 um ihr Wahlrecht gekommen. Dieser Umstand werde das Wahlergebnis in keiner Weise fälschen. Müller beschwerte sich darüber, daß von der „der Presse" in dieser Angelegenheit eine „unverantwortliche Hetze" getrieben worden sei. Zur Prüfung der eingelaufenen Proteste solle man eine Kommission einsetzen. Es wurde nach seinen Vorschlägen verfahren.

Zur Abstimmung lagen **drei Listen vor, von der Sozialdemokratischen Partei, von der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei und von den Berliner Lehrern und Angehörigen anderer geistiger Berufe. Die Unabhängigen haben Liste I, die Sozialdemokraten Liste II, die freien Berufe Liste III.** Auf Liste I entfallen 281, auf Liste II 349, auf Liste III 79 **Stimmen.** Nach dem Verhältniswahlrecht sind gewählt **7 Sozialdemokraten, 5 Unabhängige und 1 Delegierter der freien Berufe.** Von der sozialdemokratischen Liste sind als Vertreter Berlins für die Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte bestimmt: Ingenieur Lüdemann, Mechaniker Adolf Cohen, Stadtsekretär Fritz Matern, Dreher Otto Brank, Schauspieler Gustav Rickelt, Tapezierer Paul Feue, Dreher Fritz Brolat; von den Unabhängigen Maßjahn, Eichhorn, Nowakowski, Baumann, Laukart; von den freien Berufen Lehrer Flügel.

Ebert über die Nationalversammlung.

Berlin, 15. Dezember. Die sozialdemokratische Partei hatte am heutigen Sonntag außer einer Reihe kleiner Versammlungen **drei große Kundgebungen** veranstaltet. Im Zirkus Busch mochten sich wohl 4000 Personen eingefunden haben. Als erster Redner sprach Heinrich Schulz, der **gegen die wilden Streiks,** die den Ruin großer Etablissements und Fabriken zur Folge haben könnten, polemisierte. **Wir wollen keine Alleinherrschaft des Proletariats.** Das ganze deutsche Volk soll sich in der sozialistischen Republik wohlfühlen. (Lebhafter Beifall.)

Volksbeauftragter Ebert

erklärt es für die Aufgabe der Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte, die Erfolge der Revolution sicherzustellen. Die Konferenz wird einheitliche Richtlinien für das Wirken der Arbeiter- und Soldatenräte festzusetzen haben. Unsre hochentwickelte Industrie darf nicht durch Wahnwitz und Aberwitz zugrunde gerichtet werden. Die Sozialdemokraten in der Reichsleitung sind **entschlossen, die Reichskonferenz vor die Entscheidung zu stellen. Die Regierung darf nicht das fünfte Rad am Wagen sein.** Mit Entschiedenheit aber protestieren wir gegen die bedauerlichen Aeußerungen eines preußischen Ministers, die sich gegen **die Nationalversammlung** richteten.

Die Sozialdemokraten in der Reichsleitung **stehen und fallen mit der Nationalversammlung.** Wir sind fest entschlossen, in **unbeugsamer Energie** jeden **Versuch,** die Nationalversammlung zu stören, **niederzuringen.** Ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß es möglich ist, ohne Verletzung irgendwelcher Rechte und Interessen den Termin zur Nationalversammlung **vier Wochen früher anzusetzen.** (Lebhafte Zustimmung.) Die Entscheidung aber liegt bei der Reichskonferenz.

•

Die gestrige Reichsversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte.

Berlin, 16. Dezember. Die heute vormittag im Abgeordnetenhause ihre Arbeiten beginnende Reichskonferenz der Delegierten aller Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands wurde gestern nachmittag mit einem Begrüßungsabend eingeleitet, der einen harmonischen Verlauf nahm. Nach einem von Herrn Dietrich (Volksbühne) gesprochenen Prolog folgten die Begrüßungsansprachen von Max Mayos und Brutus Molkenbuhr, denen auf einen allgemein aus der Versammlung heraus geäußerten Wunsch sich **Karl Liebknecht,** der etwas später erschien, im zweiten Teil des Programms anschloß. Karl Liebknecht verwahrte sich dagegen, daß die **Spartakusgruppe nur die Zerstörung alles Bestehenden beabsichtige.** Die Spartakisten sind von nichts weiter entfernt als von irgendeinem Putschismus. Es ist eine Frage vor allen Dingen, die vor allem stehen wird in ihrer ganzen Riesengröße, die Frage: Sind Sie gewillt, die Revolution, die Anfang November in Deutschland begonnen hat, **zur sozialen Revolution des deutschen Proletariats weiter zu entwickeln,** zu entfalten, oder sind Sie gewillt, diese zurückzudrängen? Sie selbst müssen morgen mit eiserner Faust eingreifen, um **alle gegenrevolutionären** Elemente niederzuhalten.

Bisher sind über **200 Mandate der Delegierten angefochten worden,** und es ist deshalb die Bildung **einer Mandatsprüfungskommission vorgesehen, an der jede der drei großen Gruppen** (Mehrheitssozialisten, Unabhängige und Soldaten) **paritätisch beteiligt sein soll.** Die Dauer des Delegiertenkongresses ist vorläufig auf drei Wochen festgesetzt.

•

Vorbesprechungen der Sozialisten.

Berlin, 16. Dezember. Vertreter der Mehrheitssozialisten und der unabhängigen Soldatenräte hielten gestern im Abgeordnetenhause eine **Vorbesprechung über die heutige Tagung der Arbeiter- und Soldatenräte des Reiches** ab. Es sollte versucht werden, über die Stellung zur Wahl des Präsidiums für dessen Tagung und zur Nationalversammlung eine Einigung zu erzielen. Diese Einigung ist, wie die Voss. Ztg. hört, **nicht zustandegekommen.**

•

Rückkehr der Sowjetvertreter nach Rußland.

Berlin, 16. Dezember. Zu der Blättermeldung, nach der Joffe die Demarkationslinie bei Dünaburg überschritten hat, erfährt die Voss. Ztg. von unterrichteter Seite, daß Joffe und Radek, die als Delegierte zur Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte kommen sollten, tatsächlich infolge der Unschlüssigkeit des Dünaburger Soldatenrats über die Demarkationslinie gelangt waren. Auf Grund der Absage der deutschen Regierung jedoch wurden Joffe und Radek veranlaßt, nach Rußland zurückzukehren.

•

Bei den Soldatenratswahlen wurden abgegeben für die **sozialdemokratische Liste 204 Stimmen,** für die **unabhängige Liste 121 Stimmen.** Gewählt sind **4 Sozialdemokraten (Gerber, Bieß, Arndt, Boat) und 2 Unabhängige (Szmilinski, Loßt).**

Wilson in Paris.

Präsident Wilson ist in Paris eingetroffen und mit großem Pomp, Illuminationen und Reden Poincarés und Clemenceaus empfangen worden. Nach einer Meldung des Amsterdamer Telegraf planten auch die Sozialisten und der Gewerkschaftsbund von Paris eine große Kundgebung zu Ehren Wilsons. Clemenceau, an den sie sich mit der Bitte um die Erlaubnis dazu wandten, tat sie aber sehr kühl ab und verwies sie an Wilson selbst. Diese sehr reservierte Haltung der Regierung bestimmte die Gesuchsteller, die geplante Kundgebung bleiben zu lassen.

Wilson fuhr mit Poincaré zum Frühstück ins Elysee, bei dem Poincaré eine Rede hielt, in der er nach den fälligen Komplimenten an Wilson und die Amerikaner sagte:

Bei ihrer Ankunft wußten die amerikanischen Soldaten nichts von den abscheulichen Verbrechen der Deutschen. Es war notwendig, sie wissen zu lassen, wie die deutschen Armeen Krieg führen, auf welche Weise sie Städte planmäßig dem Erdboden gleichmachten, wie sie Fabriken in Ruinen verwandelten, Ratheodralen beschossen und nationales Eigentum vernichteten. Sie, Herr Präsident, sollen in der Lage sein, mit eigenen Augen den Umfang dieser Katastrophe zu ermessen. Die französische Regierung wird Ihnen von den authentischen Aktenstücken Kenntnis geben, in denen der deutsche Generalstab mit erstaunlichem Zynismus das Programm von Plünderung und Vernichtung angibt. Ihr edles Gewissen soll über diese Tatsachen ein Urteil aussprechen. **Frankreich** verlangt feierlichst einen **Frieden des Rechts und der Sicherheit.** Es will nicht nochmals einen Angriff ausgesetzt werden. Wäre es da gerecht, wenn die Verbrecher ungestraft bleiben würden, wenn sie in der Lage wären, ihr Haupt wieder emporzuheben, um sich für neue Verbrechen bereit zu machen? Welche Garantien wir aber für die Zukunft auch festlegen werden, **niemand kann leider behaupten, daß der Menschheit für immer die Greuel neuer Kriege erspart bleiben werden.** In dem gemeinsamen Frieden, den wir aufbauen wollen, müssen alle Bedingungen für Gerechtigkeit und für die Garantie der Dauerhaftigkeit enthalten sein.

Wilson antwortete: **Vom ersten Augenblick an war der Gedanke des amerikanischen Volkes die Befestigung der ewigen Grundsätze von Recht und Gerechtigkeit.** Ich begriff, daß der Sieg nach diesem Kriege nicht nur diesen Gedanken gewinnen, sondern auch die Fragen, die er aufgeworfen hat, in einer solchen Weise lösen mußte, daß **der Welt in Zukunft der Friede gesichert bleibt,** und zwar auf der Grundlage von Freiheit und Glück all der zahlreichen Nationen. Niemals zuvor hat ein Krieg ein so greuliches Angesicht gezeigt und ist in solcher Weise der erniedrigende Einfluß ungezügelter Begierde bloßgelegt worden. Ich bin überzeugt, daß ich die Ruinen, die die Heere der Mittelmächte geschaffen haben, mit derselben tiefen Entrüstung ansehen werde, wie sie in den Herzen der Franzosen und Belgier emporflammt. Ich erkenne ebenso wie Sie die Notwendigkeit einer Bestimmung bei der endgültigen Regelung der Ergebnisse des Krieges an, die nicht nur derartige Taten tadelt, sondern gleichzeitig der gesamten Menschheit zum Bewußtsein bringt, daß Plünderungen und ähnliche Schrecknisse nicht begangen werden können, ohne mit Sicherheit bestraft zu werden.

Kämpfe in Kärnten.

Klagenfurt, 15. Dezember. In der Nacht auf den Sonntag wurde **ein südslawischer Vorstoß gegen Klagenfurt und Gravenstein zurückgeschlagen.** 300 Mann von der gegnerischen Seite wurden interniert. Ein weiteres Blutvergießen ist infolge der äußersten Erbitterung der einheimischen deutschen Bevölkerung unvermeidlich, wenn nicht sofort von der Nationalregierung in Laibach die Zurückziehung aller südslawischen Truppen **aus den besetzten Gebieten Kärntens verbürgt wird.**

Ermordung des Präsidenten von Portugal.

Lissabon, 15. Dezember. Der **Präsident der Republik ist ermordet worden.** Er wurde von drei Kugeln getroffen. Der Führer der unionistischen Partei Camacho wurde unter polizeilichen Schutz gestellt.

Die Lage in Deutschböhmen.

Die Landesregierung Deutsch-Böhmens hat ihren Sitz nach **Wien** verlegt. Eine wirkliche Verwaltung ist während der Besetzung deutsch-böhmischer Städte durch die Tschechen weder von Wien noch von einer andren Stadt aus möglich. Die Verlegung des Sitzes bedeutet daher nur die Aufrechterhaltung des **Anspruchs Deutsch-Böhmens auf seine Selbständigkeit.**

Tschechischer Einbruch in Mähren.

Znaim, 15. Dezember. Verstärkte tschechische Truppen, **die im Laufe der letzten Wochen mehrere deutsche Gemeinden** Südmährens mit Waffengewalt besetzt haben, **sind in der Vorwoche auch im Landbezirke Znaim eingefallen und** näherten sich der Stadt **Znaim** in der offenkundigen **Absicht, sie durch Handstreich zu nehmen. Da bei der hier herrschenden Erregung des deutschen Volkes eine gewaltsame** Besetzung Znaims unzweifelhaft zu Blutvergießen geführt hätte, verlangte die Kreishauptmannschaft in Znaim von der ständigen tschechisch-slowakischen Stelle, daß dem geplanten Angriff Halt geboten werde. Darauf kündigte das tschechische Militärkommando in Brünn **die Besetzung von Znaim und des Kreises Deutsch-Mährens** für heute nachmittag an. Die Kreishauptmannschaft erhob gegen die Besetzung Einspruch und verließ die Stadt, um die Geschäfte in Ruhe sofort von Retz aus weiterzuführen. **Heute nachmittag 4 Uhr erschienen Verbandsoffiziere, mußte die Stadt unter Protest übergeben wurde.**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19181216/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG